

Forderungen Fridays for Future Marzahn- Hellersdorf



Vorwort

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremschte Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.

Das Pariser Abkommen ist die verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen, die auf internationaler Zusammenarbeit basiert. Der aktuelle klimapolitische Kurs in Deutschland ist mit diesem Abkommen unvereinbar und muss durch ein auf dem 1,5 °C-Ziel beruhendes Klimaschutzgesetz sowie eine zukunftsorientierte und nachhaltige Zusammenarbeit auf europäischer und globaler Ebene ersetzt werden. In dieser Politik muss sich der Gedanke der Klimagerechtigkeit widerspiegeln.

Entscheidungen, die zu Lasten ärmerer Regionen und künftiger Generationen getroffen werden, sind inakzeptabel.

Wir fordern hiermit auch von der Bezirkspolitik in Marzahn-Hellersdorf, effektiven Klimaschutz zu betreiben und sich zusätzlich zu den bundesweiten Forderungen von Fridays for Future auch an den folgenden Bezirksforderungen zu orientieren.

Solar

Wir fordern, dass auf den Dächern aller kommunalen Gebäude des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf Solarpanels installiert werden, um die Stromversorgung der Gebäude wenigstens in Teilen erneuerbar zu sichern.

Des Weiteren fordern wir eine bezirkswide Verpflichtung zur Installation von Solarpanels auf neugebauten privaten Häusern, um auch hier die Flächen effektiv auszunutzen. Auf Flächen von Hochhäusern, auf denen Solar keinen Zweck hat, beispielsweise durch die Schatten anderer Häuser, ist nach Einzelfallprüfung auch eine Dachbegrünung oder Dachgärten akzeptabel.

Wenn Hauseigentümer*innen sich entschließen, Solar auf ihren Häusern zu installieren, so erwarten wir angemessene Beratung beispielsweise durch dafür angestellte Mitarbeiter des Bezirksamtes.

Klimanotstand

Die Klimakrise ist eine existenzielle Krise für die gesamte Menschheit. Um auch hier im Bezirk den Fokus mehr auf dieses wichtige Thema zu legen, fordern wir, auch für unseren Bezirk den Klimanotstand auszurufen.

In dem Zusammenhang fordern wir, sämtliche BVV Beschlüsse auf ihre Klimafreundlichkeit zu prüfen.

Klimaneutralität

Wir fordern den Bezirk auf, ein Vorbild zu sein und einen Weg einzuschlagen, der konform zum 1,5 Grad Ziel ist.

Um unser CO₂-Budget nicht zu übersteigen, muss ganz Deutschland bis 2035 CO₂-neutral sein.

Deshalb fordern wir die CO₂-Neutralität bis 2035 im Bezirk!

(siehe Anlage „Wuppertal Institut (2020). CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze. Bericht. Wuppertal.“)

Klimarat

Um wirksamen Klimaschutz zu betreiben ist es wichtig, den Rückhalt der Bevölkerung zu haben. Damit die Maßnahmen im Bezirk eben diesen haben, fordern wir die Einführung eines Klimarats, in welchem alle möglichen Standpunkte vertreten sind. Von Umweltorganisationen, über Bürgerinitiativen, und Vereine bis hin zu Vertreter:innen der Wirtschaft und Bürger:innen des Bezirks.

Klimaschutz in der Verwaltung

Alle Mitarbeiter:innen des Bezirksamtes sollen mit Dienstfahrrädern ausgestattet werden, um innerbezirkliche Termine klimafreundlich wahrnehmen zu können.

Auf den Dienstrechnern im Bezirksamt soll Ecosia als Standardbrowser benutzt werden, um klimafreundlich zu surfen.

Radwege

Wir fordern, das Radwegenetz in Marzahn-Hellersdorf stark auszubauen beziehungsweise zu verbessern. Wir haben zusammen mit dem ADFC festgestellt, dass viele Radwege im Bezirk teils unbefahrbar sind. In einigen Fällen durch den Autoverkehr, in anderen Fällen aber auch durch die Wegequalität. In manche Gebiete führen auch gar keine Radwege und der einzige Weg – die Straße – ist am Rand zu geparkt.

Wir fordern, dem ein Ende zu setzen und das Radverkehrsnetz im Bezirk stark auszubauen und vorhandene Radwege zu sanieren. Auch außerhalb der geplanten Radautobahn muss es möglich sein, gut und sicher Fahrrad zu fahren.

Im Zusammenhang hiermit sollen Tempo 30- und verkehrsberuhigte Zonen ausgeweitet und gefördert werden, um das Fahrradfahren generell sicherer zu machen.

Radabstellanlagen

Wir fordern, im Bezirk mehr überdachte und sichere Radabstellanlagen zu schaffen. Den Bedarf für Abstellanlagen sollen Bürger:innen über die App „FixMyBerlin“ anmelden können.

An diesen sind dann auch Stationen für Leihräder zu schaffen, um die Fahrradmobilität im Bezirk zu verbessern und zu günstigen Konditionen Fahrräder für die breite Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Die Radabstellanlagen könnten an belebten Plätzen, Bahnhöfen oder Einkaufszentren entstehen. Hier könnte man teils Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr benutzen.

An den Radabstellanlagen fordern wir Selbsthilfestationen für Fahrradfahrer:innen mit Werkzeug zur schnellen Reparatur kleiner Defekte.

Aufforstung

Wir fordern, das grüne Image des Bezirks zu erhalten und weniger Flächen für den Bau von Häusern freizugeben und statt dessen diese Flächen für ökologische Ausgleichs- und Aufforstungsarbeiten zu nutzen und damit das Stadtklima zu verbessern.

Eine andere Möglichkeit wäre, die Wände von Häusern zu begrünen, beispielsweise mit Efeu.

Trinkwasserbrunnen & Refill

Es gibt im Bezirk nur 6 registrierte Trinkwasserbrunnen und 8 bei Refill registrierte Unternehmen (Stand 23. März).

Um umweltfreundlich und ohne Einwegflaschen leben zu können, benötigt es genug Alternativen, um nicht in die Versuchung zu kommen, neue Einwegflaschen zu kaufen. Diese gibt es durch Angebote wie Refill und durch Trinkwasserbrunnen. Von diesen muss es allerdings genug im Bezirk geben.

Wir fordern, in Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben mehr Trinkwasserbrunnen aufzustellen und bei der lokalen Gastronomie das Refill-Projekt mehr zu bewerben.

Klimafreundlichkeit & Nachhaltigkeit beim Bauen

Wir fordern, beim Bauen im Bezirk auf die Nachhaltigkeit beim Bau zu achten und für jeden gefälltten Baum mindestens einen nachzupflanzen und dadurch auch das CO₂ zu kompensieren, welches beim Bauen ausgestoßen wird. In dem Zusammenhang fordern wir einen Klimavorbehalt bei sämtlichen Bauvorhaben.

Des Weiteren fordern wir konkret darauf zu achten, dass nachhaltig und klimafreundlich gebaut wird und die Häuser auch in 50 Jahren noch stehen werden und beim Bau möglichst geringe CO₂ Emissionen entstehen. Hierbei fordern wir, alternative Baustoffe, wie Hanfdämmung oder Zementalternativen wie Backstein oder Holz zu fördern.

Auch soll darauf hingewirkt werden, die Sanierungsrate an den Häusern zu erhöhen, um so Energie zu sparen.

Klimaschutz in Schulen

An den meisten Schulen wird im Unterricht viel zu wenig über den Klimaschutz informiert. Daher fordern wir die Einführung eines regelmäßigen Projekttag, an welchem jede*r Schüler*in mindestens 2 Mal in der Schulzeit teilnehmen sollte, also einmal in der Grundschule und einmal in den weiterführenden Schulen.

An dem Projekttag soll über den anthropogenen Klimawandel und dessen existenzielle Gefahr für die Menschheit gesprochen und aufgeklärt werden.

Jede Schule soll dazu angeregt werden, eine Klima- bzw. Umwelt-AG zu gründen.

Des Weiteren fordern wir verpflichtende Mülltrennung an Schulen, um Recycling von Plastik und Papier zu ermöglichen.

Lebensmittel retten

Wir fordern, dass sich das Bezirksamt mehr für die Rettung von Lebensmitteln einsetzt.

Wir fordern ein Wegwerfverbot von noch „guten“ Lebensmitteln für Restaurants, Supermärkte und Bäckereien. Diese sollen entweder der Tafel zur Verfügung gestellt werden oder über Foodsharing Plattformen wie „TooGoodToGo“ verteilt werden.

Anlagen

1. Fridays for Future Deutschland Forderungen
2. Informationen Refill
3. Wuppertal Institut (2020). CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Bericht. Wuppertal.